

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Preis für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Berlin bei täglich zweimaliger Zeitung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.
Anzeigen-Preise. Die einseitige 37 mm breite Zeile 5,- M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Kindern u. Wohnungsanzeigen, 1spaltige Anz. u. Bezahlte 25 % Sprungplätze laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Verantwortung und Geschäftsleitung:
Verantwortlicher: 38/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Neudruck in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schreibstücke werden nicht aufbewahrt.

Kauft Bücher!
Sie sind auch heute noch das beste und billigste Konfirmationsgeschenk!

Schloß-Konditorei Weber
Schloßstraße 19
(in den Alt-Stadtteilen)
Erstes Tages-Café mit feinen Konditorei-Spezialitäten

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauf
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Armbanduhren
In Gold, Silber und Metall

GUSTAV SMY DRESDEN
Moritzstr. 10 Ecke König-Jah-Str.

Taschenuhren
Größte Auswahl
Billigste Preise
Für guten Gang weitgehende Garantie

Das Gleichgewicht im Haushalt der Eisenbahn.

Groeners Vertrauen in eine bessere Zukunft.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 21. März. Am Hauptauschuss des Reichsbahngesetzvereins Reichsverkehrsminister Groener über die gegenwärtige Lage der Reichseisenbahn. Der ordentliche Haushaltsjahr 1922 einschließlich eines noch zu erwartenden Nachtragsjahrs beläuft sich auf 17 Milliarden Mark, der außerordentliche Haushalt mit 17 Milliarden. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betragen 11,6 Milliarden Mark, aus dem Güterverkehr 8,3 Milliarden. Die sonstigen Einnahmen belaufen sich auf 2,1 Milliarden Mark. Die Ausgaben für Gehälter und Löhne stellen sich auf 4,2 Milliarden Mark. Für sachliche Ausgaben waren 60,4 Milliarden Mark erforderlich. Der Schuldendienst beansprucht 4,1 Milliarden. Der Betriebsüberschuss betrug 4,5 Milliarden Mark.

Damit sei der Fehlbetrag, der noch im vorigen Jahre vorhanden war, beseitigt.
Aufgabe der Eisenbahnverwaltung müsse es sein, führte der Minister weiter aus, im kommenden Wirtschaftsjahr mit aller Energie weiterhin dafür zu sorgen, daß der Haushalt im Gleichgewicht bleibe. Dem Etat 1922 wählten folgende Preisermäßigungen der Eisenbahnmaterialien zugrunde gelegt werden: Für Kohle das Zwische des Friedenspreises von 1918, für Schienen das Zwische des Friedenspreises von 1918, für Eisenbahnen das Zwische, für Holzschwellen das Zwische, für Petroleum das Zwische, für Kleinfahrzeuge das Zwische, für Stabstahl das Zwische, für Kupferblech das Zwische, also durchschnittlich das Zwische des Friedenspreises von 1918. Der Minister machte darauf aufmerksam, daß vom April ab anstandslos der riesigen Steigerung der Materialpreise und der Gehälter die Gütertarife eine vierzigprozentige Erhöhung erfahren müssen.

Was die Personalpolitik der Reichseisenbahn betrifft, so handele es sich im Augenblick weniger um Arbeitsfragen als um

Probleme des Beamtenrechts.

Minister Groener betonte, er wolle vermeiden, auf den nun glücklich in der Vergangenheit liegenden Streit zurück-

zukommen. Unzweifelhaft sei jetzt eine gewisse Beruhigung unter der Beamtenchaft eingetreten. Die Klasse der Beamtenherrschaft würde auf einem durchaus vernünftigen und zu billigen Boden. Er verhoffte sich nicht der Ansicht, daß, wenn der Staat mit Recht fordere, daß der Beamte keinefalls freier dürfe, der Staat dann aber auch unbedingt die Verpflichtung habe, ausgiebig für seine Beamten zu sorgen und zwar in einer Weise, daß die Beamtenherrschaft aus jeder wirtschaftlichen Not herauskäme. Eines ohne das andere läßt sich nicht verteidigen. Der Minister teilte dann noch mit, daß an Disziplinarverfahren rund 550 anhängig seien, eingestellt seien bisher rund 120. Von Kündigungen bei künftigen Beamten seien insgesamt 295 anrechenbar worden. Was

Die Ansichten der Reichseisenbahn
anbelangt, so habe er die Überzeugung, daß das Internehmen der deutschen Reichseisenbahn in seinem inneren Kern absolut gesund, sowie auch finanziell gesund sei. Nichts desto trotz sei es einer gewissen Zeit, um die Schäden wieder auszugleichen, die der Krieg in Eisenbahnen verursacht habe. Auch was der schematische Haushaltsentwurf an Schäden verursacht habe, müsse wieder herbeigeführt werden. Der Minister schloß mit der Versicherung, daß in wenigen Jahren dem Deutschen Reich ein Eisenbahnen zur Verfügung stehen würde, das allen Verkehrsansprüchen gewachsen sei.

Hausjuchungen bei den Kommunisten.

Berlin, 21. März. Die Auffindung der kommunistischen Zentrale in Berlin hat die Berliner Polizei veranlaßt, heute auch im Parteibüro der K. P. D. und in den Räumen der kommunistischen Betriebszentrale Hausjuchungen vorzunehmen. Gleichzeitige eritredi sich die Untersuchung auf die Zweigstellen im Reich.

Ernennung Wiedfeldts zum Botschafter.

Berlin, 21. März. Der Reichspräsident hat den Geheimrat Dr. Wiedfeldt zum Botschafter in Washington ernannt, nachdem diesem das Mandat der amerikanischen Regierung erteilt worden ist. (28. T. 3.)

Rathenaus Weiklauf mit dem Dollarkurs.

Es es ein Weiklauf, ist es ein wünschenswertes Hinderelement des einen hinter dem andern? Das erfüllungswilligen Reparationsfanatikers Rathenau hinter dem davoneilenden Dollarkurs, oder umgekehrt? Wer wird der Sieger sein? Der Dollarkurs, der mit einem Stand von über 300 den bisher höchsten amtlich notierten Kurs erreicht hat, oder der Minister, der aller Welt seinen Entschlossenheitserbringt, wie tief man ein Volt ins Glend führen tannt? Gewiß hat die Frage, wer aus diesem Weiklauf als Sieger hervorgehen wird, ein großes akademisches Interesse — für Berufende und vielleicht für den theoretisierenden Minister, aber nicht für das deutsche Volk, das in diesem sein Lebensmark verzeichnende Kampfe unbedingt auf der Strecke bleiben muß. Mit rauher Hand hat der Dollarkurs von über 300 den Schleier von diesem vorkriegsähnlichen Klumpen gezogen, und heute mühte es sich Rathenau einsehen, daß des Lebens goldener Baum von der grauen Theorie zum Verdorren gebracht wird. Als der Dollarkurs nach kurzer Pause vom November bis Januar wieder ansetz, man es andere erste treibende Kräfte geben haben, als Rathenau, nämlich die durch die Preissteigerung im Innern hervorgerufene Markt-Entwertung und den nach Scheitern der Genoa-Vollungen neu einsetzenden, so lange künstlich zurückgehaltenen Devisenbedarf der Industrie für den Rohstoffbezug. Jedenfalls traten Devisenkräfte der Regierung für den Reparationsbedarf in dieser Zeit noch zurück, da das Reich für die Januar-Rate bereits Devisen angeammelt hatte. Das über Gebühr verlanagte Provisorium von Gannes, nach dem dem hinteren deutschen Wirtschaftskörper alle zehn Tage 31 Millionen abgezahlt werden, hat diese ersten Gründe sehr bald in den Hintergrund treten lassen und heute sind die ungeheuren Devisenflüsse des Reiches — natürlich neben der unvermeidlichen Spekulation — nach den Worten Rathenaus die maßgebenden treibenden Kräfte. Heute steht Rathenau auf dem Plan und tut nichts, um dem Glend zu hemern. Das Glend und die Not des deutschen Volkes kommen für ihn ja erst in zweiter Linie in Frage; denn aus ihm sprach nicht nur in Gannes der „Geist des internationalen Kapitals“. Er herrschte ebenso in seiner ersten und einzigen Reparationsrede, nach der für ihn die Fragestellung „Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Erfüllung überhaupt nicht von ausschlaggebender Bedeutung“ ist, sondern die: „Wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die anderen Völker erträglich ist“. Das ist echter Geist des internationalen Kapitals! Und wohin der führt, zeigt der heutige Dollarkurs. Ein Weiklauf, in dem der Dollarkurs die Erfüllungswilligkeit des Ministers, die unablässige Verfolgung der Erfüllung den Dollarkurs zu immer wahnwitzigerer Aufwärtsbewegung treibt. Ein Widerstand, wenn ein deutscher Beweis auf Köhen der Verelendung und des Ruins Deutschlands erfolgt.

Wo sind die Wege, die uns der Minister aus der unvermeidlichen Katastrophe zeigt? Er wies auf Amerika, das mit dem Erlaß der Antitrust-Gesetze den ersten Anstoß zur Herabsetzung der Reparation geben mühte. Er hat wenige Tage darauf die schallende Drohsache bekommen, daß Amerika nicht nach Genua geht, daß es mit seiner Forderung nach Herabsetzung der Reparationshöhen Deutschlands Lage noch verschlimmert. Er blidte trotz Bonjean harten Anses nach Genua und sieht heute in der Chamaud Lloyd Georges auch diese Aussicht schwinden; er hoffte auf das Aufbalsamt für Rußland und muß heute daran glauben, daß das russische Problem in Genua vermutlich ausgeschaltet wird. Was soll nun dann noch dieser Traum? Wo sind die Pläne des deutschen Außenministers? Er hofft, weranz? Amerika zieht sich völlig zurück, Lloyd George vermag gegen die konservative Opposition nichts auszurichten. Bleibt noch Poincaré. Von ihm oder noch etwas zu erhoffen, wird selbst Rathenau nicht einfallen; denn Frankreich ist das Genua, das infolge seiner geringen Industrialisierung am wenigsten von dem Fallandenbeweis Rathenaus betroffen wird. Was ist auch in der Entente heute schon die Heberzeugung allemal weit gediehen, daß die Reparationshöhen zu hoch sind, daß wir nicht nur eine Remonnie brauchen, sondern daß die Höhen selbst ermäßigt werden sollen, und niemand kann verkennen daß der von der Finanzministerkonferenz angenommene englische Vorschlag einer Teilung der Reparationshöhen in die vorläufig ruhenden 65 Milliarden Goldmark, die etwa der Summe der internationalen Verbindungen entsprechen, und die tatsächlich zu zahlenden 45 Milliarden eine wesentliche Erleichterung der Gesamtlasten bedeuten. Praktisch aber ist diese Erleichterung nichts, weil sie lediglich die uns heute noch vollkommen fern liegende Schuld betrifft, an deren Bezahlung so wie so noch niemand denken konnte. Es bleibt noch immer die wünschenswerte Summe von 45 Milliarden Goldmark, die, teils durch Zahlungen, teils, da die Entente Geld braucht, durch den obenentworfenen Plan einer riesigen Anleihe sofort flüssig gemacht werden

Die Genfer Schlussverhandlungen über Oberschlesien.

Genf, 21. März. Heute begann Präsident Calonder seine Vermittlungsaktion zwischen dem deutschen und dem polnischen Bevollmächtigten, die jedoch gleichzeitig noch ihre unmittelbaren Verhandlungen miteinander fortsetzten. Dabei gelang es, in einem der weniger schwierigen Streitpunkte, der Frage des Verkehrs über Kreuzburg, eine Einigung zu erzielen. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten sollen morgen fortgesetzt werden. Weibensie ergebnislos, oder ist eine Einigung auf der ganzen Linie nicht zu erreichen, so wird für die ungelösten Fragen am Donnerstag mittags das vorgesehene Schiedsverfahren in einer öffentlichen Vollzung der Konferenz einleiten. Der Schiedspruch soll etwa zwei Tage später verkündet werden. (28. T. 3.)

Die oberchlesische Autonomiefrage.

Genf, 21. März. Die Rede von Herrn von Bredow hat, wie wir an nachstehender Stelle erfahren, unabhängig die Frage der Autonomie des Reiches und Preußens zur oberchlesischen Autonomiefrage in den Vordergrund gerückt. Dieser war diese Frage nicht unklar. Im Gegenteil zu Preußen nimmt das Reich die Stellung ein, daß ein autonomes Oberschlesien erwünscht wäre. Dagegen verlangt Preußen, daß Oberschlesien weiter an Preußen angegliedert bleibe. Die Differenz zwischen dem Reich und Preußen in dieser Frage ist seit einigen Tagen so ausgeprägt, daß Beratungen der kompetenten Stellen angebahnt sind, die in der nächsten Zeit stattfinden werden. Sie haben die Aufgabe, die oberchlesische Autonomiefrage aufzuklären.

Die Note zur Abrechnung der oberchlesischen Aufstandsschädigungen.

Berlin, 21. März. Die Botschafterkonferenz hat der deutschen Botschaft in Paris folgende Note überhandt: Herr Geschäftsträger! Herr Dr. Wauer hatte der Botschafterkonferenz am 12. Dezember 1921 eine Note anreichen lassen, in der die deutsche Regierung die Forderung an die alliierten Mächte stellt, Erlaß für die Schäden zu leisten, die dem Abstimmungsgebiete während der Belagungszeit durch die verschiedenen polnischen Aufstände entstanden sind. Die deutsche Regierung stellt die Behauptung auf, daß die Vergütung für diese Schäden nicht aus den örtlichen Einnahmen abgedeckt werden könne, sondern daß sie von den alliierten Mächten selbst sichergestellt werden müsse. Die Botschafterkonferenz beabsichtigt nicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt in eine Erörterung darüber einzutreten, wer für die Schäden in Oberschlesien als verantwortlich festzustellen ist. Für Schweigen hierüber darf für die Botschafterkonferenz nicht dahin angelegt werden, als ob sich in dieser Frage irgendwie festgelegt habe. Aber sie hat die Pflicht, zu erklären, daß sie die im Schreiben des deutschen Botschafters

entwickelte These keinesfalls zulassen kann. Der Friedensvertrag sieht vor, daß die von der Kommission für die Verwaltung des Abstimmungsgebietes aufzubringenden Kosten aus den örtlichen Einnahmen bestritten werden sollen. Die Verantwortungen für die im Abstimmungsgebiete entstandenen Aufstandsschäden müssen demnach selbstverständlich in diese Ausgaben einbezogen werden. Für den Fall, daß die örtlichen Einnahmen nicht ausreichen sollten, mußte festgestellt werden, unter welchen Bedingungen die Entschädigung zu leisten wäre. Aber die Verantwortlichkeit der alliierten Mächte kann niemals in Frage kommen. Eine Bestimmung des Friedensvertrages berechtigt die deutsche Regierung zu der von ihr aufgestellten Behauptung, daß die Vergütung für diese Schäden den alliierten Mächten zur Last zu legen sei. Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dieses Schreiben in Beantwortung der oben erwähnten Note zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen. (28. T. 3.)

Lloyd George geht nach Genua.

Genf, 21. März. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Lloyd George habe nun endgültig beschlossen, nach Genua zu gehen. Er werde dort etwa 14 Tage bleiben. Ein Erhaben um ein Vertretungssystem im Unterhaus, das von gewisser Seite nachgefragt worden sei, komme nicht in Frage. Es sei jedoch geplant, daß während der ersten Woche im April das Unterhaus Gelegenheit erhalten solle, die Politik zu erläutern und zu billigen, die die britische Regierung der Konferenz von Genua zu unterbreiten beabsichtigt. Lloyd George, der in etwa zehn Tagen nach London zurückkehren wird, werde eingehende Erklärungen vor dem Unterhaus über seine Absichten auf der Konferenz abgeben.

„Strenge Garantien und wirksame Kontrolle.“

Paris, 21. März. Wie der „Temps“ berichtet, hat die französische Delegation bei der Reparationskommission ihre Zustimmung zu dem Memorandum für das Jahr 1922 von der Einrichtung strenger Garantien und der Organisation einer wirksamen Kontrolle der deutschen Finanzen abhängig gemacht. Die letztere muß sich beziehen 1. auf die Ausgaben des deutschen Budgets, 2. auf dessen Einnahmen, 3. auf die Tätigkeiten der Reichsbank, 4. auf den Devisenverkehr. Dieses französische Programm liegt nach dem „Temps“ den Beratungen der Kommission zugrunde. Der Vorsitzende der französischen Delegation Dubois hat in der Kommission ein umfangreiches Memorandum eingebracht, das wie folgt eingeteilt ist: 1. Memorandum über die finanzielle Lage Deutschlands, 2. Beantwortung des deutschen Memorandums vom 28. Januar 1922 und des Exposés Rathenaus in Gannes über die deutsche Finanzlage, 3. Vorschläge eines Zahlungsplans für 1922 und Einführung der oben erwähnten vierfachen Garantien.